

Freude aufs Martinfest mit Lampions

NORDHAUSEN. Freuen dürfen sich alle kleinen und älteren Nordhäuser – das traditionelle Martinsfest am 10. November beginnt um 17.00 Uhr auf dem Blasiikirchplatz mit einem ökumenischen Gottesdienst, den Superintendent Michael Bornschein und Dompfarrer Richard Henrich halten werden. Mit dem Kinderchor und einem Martinsspiel wird in Liedern und Geschichten sowohl an Martin Luther als auch an den Heiligen Martin von Tours erinnert.

Anschließend dürfen alle Kinder und Erwachsenen mit ihren leuchtenden Lampions und Fackeln vor das Rathaus gehen. Dort werden sie gegen 17.45 Uhr von Bürgermeister Matthias Jendricke empfangen, und Martinsbrezeln werden auch ausgeteilt. Ein Posaunenchor stimmt auf das Höhenfeuerwerk vom Petersberg ein. Aus alten Schriften ist bekannt, dass Martin Luther selbst am Martinsfest an der Nordhäuser Kirmes, die am 11. November stattfand, teilgenommen hat. Doch seit der Reformation hat man diese Martinsfeier zu Ehren Luthers auf seinen Geburtstag am 10. November verlegt.

Ohne Zwang

Einwohner von Stempeda und Rodishain informierten sich über Eingemeindungspläne nach Nordhausen

Stempeda und Rodishain – zurzeit in der Verwaltungsgemeinschaft Hohnstein – könnten schon ab 2007 zu Nordhausen gehören. Noch aber sind die Bürgermeister der zwei Dörfer mit Nordhausens Oberbürgermeisterin Barbara Rinke auf Tuchfühlung. Während zwei Einwohnerversammlungen versuchte Rinke, so manchen Skeptiker zu beruhigen.

NORDHAUSEN (rd). „Lieber jetzt, freiwillig und mit großem Gestaltungsraum, als später per Gesetz, unter Zwang und im engen rechtlichen Korsett.“ Mit diesen Worten warb Barbara Rinke für die Eingemeindung beider Kommunen zum 1. Januar 2007. Dass eine Gebietsreform in

Thüringen kommt, steht für Barbara Rinke außer Frage. Denn auch beim Land fehle das Geld hinten und vorne. Ergreife man selbst die Initiative, könne man die Fäden in der Hand behalten und die Zusammenarbeit noch gestalten, meinte Nordhausens Oberbürgermeisterin. Stempeda und Rodishain liegen an der östlichen Grenze des Landkreises. Stempeda hat 297 Einwohner, Rodishain 295.

Dass sich eine große und starke Solidargemeinschaft für alle auszahle, könnten die Bürger beider Orte spätestens ab dem 1. Januar 2006 konkret erfahren, so Rinke. Ab diesem Zeitpunkt profitieren Stempeda und Rodishain von den vereinsweise moderaten Abwassergebühren des Stadtentwässerungsbetriebs. Dieser hatte die Entwässerung für beide Gemeinden am 1. September die-

sen Jahres übernommen. Auch von höherer Landeszuweisung würde man bei einem Zusammenchluss profitieren. „In einer großen Solidargemeinschaft ist man eben besser aufgestellt, als wenn jeder für sich allein kämpft.“

Die Oberbürgermeisterin versichert, dass es bei einer größtmöglichen Eigenständigkeit der Ortsteile bleiben würde. „Gerade der dörfliche Charakter ist ein großes Plus, weil es Vielfalt bedeutet. Eine ‚Verstädterung‘ wäre der falsche Weg.“ Die örtliche Selbstständigkeit in kulturellen Fragen und in Angelegenheiten des dörflichen Zusammenlebens bleibe auch nach der Eingemeindung gewahrt. Ebenso würde man die Ortsfeuerwehren und die bekannten öffentlichen Einrichtungen erhalten. Eine der Bürgerfragen thematisierte den

Schulbesuch der Kinder. Rinke beruhigte: „Da die Stadt selbst Träger der Grund- und Regelschulen ist, gibt es Gestaltungsmöglichkeiten. Es soll sich allerdings für die Kinder so wenig wie möglich ändern.“

Was das Geld für die Ortsteile angeht, so werde jeder sein eigenes Budget für Vereins- und Kulturarbeit haben. „Größere Feste werden finanziell unterstützt, die Dorfgemeinschaftshäuser unterhalten.“ Und die jetzigen Gemeindearbeiter würden auch nach der Übernahme durch die Stadt dem Ort zur Verfügung stehen.

Auf die Frage, wie die Belange der Gemeinden künftig in die politischen Prozesse der Stadt einbezogen werden, antwortete die Oberbürgermeisterin, dass die jeweiligen Gemeindebürgermeister künftig als Ortsbürgermeister fungieren. Der Ge-

meinderat werde als Ortschaftsrat arbeiten und auch in die Stadtratstätigkeit eingebunden sein. Bei der Versammlung in Stempeda verwies Rinke auch darauf, dass die Diskussionen, die Nordhausen in Sachen Gipsabbau in der Rüdigerdorfer Schweiz führt, keine Auswirkungen auf die Gemeinden haben: „Bei Ihnen ist alles geklärt. Das Unternehmen, das hier vor Ort tätig ist, beabsichtigt nicht, bisher unberührte Natur für den Abbau zu nutzen. Hier gibt es deshalb keine Konfliktfelder.“

Abschließend verwiesen die Vertreter der Stadt Nordhausen darauf, dass für eine Überengangszeit in den Ortschaften bestehende Satzungen weiter gelten könnten. Entsprechende Fristen müssten nur im Eingemeindungsvertrag vereinbart werden, erklärte Rinke.